Zeitschrift: Schriftenreihe = Collection / Forum Helveticum
Herausgeber: Forum Helveticum
Band: 8 (1998)

Artikel: Für eine mutigere Integrationspolitik!
Autor: Gresch-Brunner, Lukas
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-833008

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

FÜR EINE MUTIGERE INTEGRATIONSPOLITIK!

Lukas Gresch-Brunner

1. Einleitung

Die schweizerische Europapolitik steckt nach wie vor in einer *tiefen Krise.* Nach der Ablehnung des EWR-Vertrages durch Volk und Stände 1992 wird mit aller Kraft versucht, die bilateralen sektoriellen Verhandlungen nach vier Jahren Verhandlungsdauer abzuschliessen. An *Integrationspolitik* ist zur Zeit gar nicht zu denken, solange die bilateralen Verhandlungen im Gang sind. Denn diese sind kein Integrationskonzept, sondern lediglich der Versuch, über punktuelle Verträge der totalen Isolation zu entgehen.

Am Horizont sind jedoch einzelne "blau-gelbe" Sterne zu erkennen:

- Nicht zuletzt durch den Druck, der mit der Volksinitiative "Ja zu Europa!"[1] auf dem Bundesrat lastete, hat sich dieser dazu durchgerungen, die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen konkret ins Auge zu fassen.
- Vor den eidgenössischen Wahlen im Herbst 1999 ist eine ausführliche Europadiskussion im Parlament geplant.
- Die CVP Schweiz hat an ihrem Europakongress vom 4. April 1998 in Basel das Beitrittsziel mit überwältigender Mehrheit avisiert.

Trotz diesen vagen Fortschritten in Richtung EU-Beitritt bleibt noch viel zu tun: Sowohl Bundesrat und Parlament als auch die Wirtschaft oder die Zivile Gesellschaft haben ihre Hausaufgaben noch nicht gemacht, die Schweiz ist auf ihrem Weg Richtung EU praktisch am gleichen Ort wie Ende 1992: Unser Land befindet sich nicht im Alleingang, sondern im Allein*stand.*

2. Die europapolitische Situation in der Schweiz im Sommer 1998

1. Die *bilateralen sektoriellen Verhandlungen* sind auf Unterhändlerebene "abgeschlossen"; im heiklen Verkehrsdossier gilt nach wie vor der Kompromiss von Kloten, der vom Verkehrsministerrat im März als ungenügend zurückgewiesen wurde. Auf Schweizer Seite besteht der Wunsch, die sieben Verträge bis Ende Jahr zu unterzeichnen. Aufgrund diverser Signale aus den EU-Mitgliedstaaten ist nicht damit zu rechnen, dass dies bald geschehen kann; es sei denn, in einem innenpolitisch heiklen Kraftakt würden die Verträge weiter aufgeweicht.

1 Die mit rund 108 000 gültigen Unterschriften zustandegekommene und am 30. Juli 1996 eingereichte Volksinitiative verlangt u.a. vom Bundesrat die unverzügliche Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU!

2. Die *Regierungsparteien* (ausser die SVP) befürworten zwar die bundesrätliche Strategie der Konkretisierung des Beitrittsziels, haben aber in der Frage der Erreichung dieses Ziels ihre bekannten Positionen nicht wesentlich verlassen. Es ist davon auszugehen, dass eine Europadiskussion vor den Wahlen nicht gewünscht wird und wir dieselbe Situation in bezug auf die Integration haben werden wie bei den letzten Wahlen von 1995: Die SVP und die SP werden klar Stellung beziehen und damit weiter Wähleranteile gewinnen können.

3. Die *Wirtschaft* (v. a. in Form ihrer Verbände) ist immer noch sehr stark gespalten in der Frage des Beitritts, nur sehr wenige Unternehmer äussern sich dezidiert zugunsten einer Integration. Sogar die bilateralen Verhandlungen werden nur noch lauwarm unterstützt: viele auch kleine und mittelgrosse Firmen haben sich durch die Gründung einer Tochtergesellschaft im Binnenmarkt etabliert.

4. Die *Gewerkschaften* äussern sich schon lange zugunsten eines Beitritts und unterstützen die bilateralen Verhandlungen als Zwischenetappe. Doch sind sie vor allem im Dossier Freier Personenverkehr gefordert: Können sie ihrer Basis die Angst vor dem Lohndumping nicht nehmen, ist in einem eventuellen Referendum mit einer breiten Ablehnung aus Arbeitnehmerkreisen zu rechnen.

5. Die *Zivile Gesellschaft,* organisiert in proeuropäischen Organisationen, investiert einen grossen Teil ihrer Ressourcen in Finanzbeschaffung und ist nach der Fusion von vier Organisationen in der Aufbauphase.

6. Der *Bundesrat* ist nach wie vor stark gespalten und äusserst zurückhaltend. Die Angst vor einer Abfuhr beim Volk sitzt immer noch tief und kann als eigentliches "6. Dezember-Trauma" bezeichnet werden. Der Auftrag an die Verwaltung zur Erstellung eines Integrationsberichtes ist ein scheues Hervortreten aus dieser Depression der integrationspolitischen Untätigkeit und kam nur auf starken Druck von aussen zustande.

3. Gefordert sind in erster Linie drei Akteure

Aus der Situationsanalyse ergibt sich, dass dringender Handlungsbedarf besteht: Die Schweiz kann sich aus verschiedenen Gründen eine weitere Verzögerung ihres EU-Beitritts nicht mehr leisten. Gefordert sind vor allem *Bundesrat, Parlament und die Wirtschaft.* Der Bundesrat ist insofern ein "key-player", als dass die Aussenpolitik de facto in seinen Händen liegt und er demnach alleine für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zuständig ist. Die Wirtschaft ist wegen ihrer finanziellen Potenz und ihres Einflusses in den Entscheidungszentren der schweizerischen Politik von Bedeutung, das Parlament dient dem Bundesrat als "Rückendeckungs- und Absegnungsinstanz" seiner Europapolitik.

Der *Bundesrat* muss in seiner Informationspolitik eine bedeutende Kehrtwendung machen und das "Hol-" durch das "Bring-Prinzip" ersetzen. Auch in einer direkten Demokratie und in einem Kollegialsystem muss die Regierung, hat sie sich ein Ziel gesetzt, dieses mit allen legalen und legitimen Mitteln zu erreichen versuchen. Keine andere Exekutive dieser Welt bindet sich selber die Hände, mit denen sie eigentlich ihre Politik erklären und auch durchsetzen sollte. Erste Ansätze einer offensiveren Strategie sind in den Plakatkampagnen zur bundesrätlichen Drogenpolitik oder zur Verfassungsdiskussion zu erkennen. Diese beiden Politikbereiche sind auch in der öffentlichen Diskussion umstritten, die bundesrätliche Position entspricht nicht einem generellen Einvernehmen in der schweizerischen Öffentlichkeit, wie das zum Beispiel bei der Aidspräventionskampagne der Fall ist. Wieso soll der Bundesrat bei der Beitrittsfrage nicht einen offensiveren Kurs fahren? Gemeint ist nicht Propaganda, aber solide, wirksame und omnipräsente Überzeugungsarbeit.

Dies getan, muss der Bundesrat sich selber und das Volk auf eine Volksabstimmung vorbereiten. Die Erfahrung zeigt, dass in der Schweiz öffentliches Engagement Einzelner für eine politische Sache, eine vertiefte Auseinandersetzung des Stimmvolkes mit einem politischen Problem und schliesslich auch der finanzielle Einsatz der Wirtschaft nur über eine Volksabstimmung erreicht werden können. Unser halbdirektdemokratisches System mit dem Initiativrecht ist insofern ein "Geschenk des Himmels", als dass die Regierung und das Volk zur Auseinandersetzung mit einer Materie *gezwungen* werden können. Mit seinem Gegenvorschlag zur Initiative "Ja zu Europa!" hat der Bundesrat dieses Damoklesschwert noch längst nicht entfernen können. Geht es mit der Integration nicht bald entscheidend vorwärts, wird das Siebnerkollegium in drei oder vier Jahren zum Thema EU-Beitrittsverhandlungen unverhofft zum ersten Mal dem Volk gegenüberstehen müssen.

Der Bundesrat hat es also in der Hand, diese Zeit zu nutzen: Entweder nimmt er selber Beitrittsverhandlungen mit der EU auf, was die Initiative hinfällig und damit rückzugswürdig machen würde oder er bereitet das Volk in dieser Zeit so gut darauf vor, dass er eine solche Abstimmung gewinnen kann. Diese Abstimmung muss er gewinnen *wollen,* denn sie wird zweifellos wegweisenden Charakter für die weitere Integrationspolitik aufweisen.

Die *Wirtschaft* wird in nächster Zeit Stellung beziehen müssen. Unter diesem Gesichtspunkt könnte eine anstehende Volksabstimmung die Wirtschaftsverbände "zu ihrem Glück zwingen" und, falls sie unvorbereitet sind, tiefe negative Spuren hinterlassen. Die Wirtschaft muss sich entscheiden, ob sie in traditionell helvetischer Manier ein rein auf Freihandel und Marktöffnung basierendes, über einzelne Handelsverträge geregeltes, Verhältnis zu Europa will, oder ob sie erkennt, dass sich eine politische Isolation auch schlecht auf den Standort Schweiz auswirken dürfte. Im Falle des ersten Szenarions muss sie sich aber auch gewahr werden,

dass die EU je länger je weniger Interesse hat, mit der kleinen Schweiz "Rosinenpicken" zu betreiben, im zweiten Fall muss sie entsprechende Mittel bereitstellen, die das Terrain für einen Beitritt wirkungsvoll vorbereiten helfen.

Das *Parlament* schliesslich muss sich intensiver mit der Integrationsfrage auseinandersetzen. Die CVP-Parlamentarier und einzelne Protagonisten der FDP haben hier lobenswerte Initiativen in Angriff genommen[2]. Im grossen und ganzen ist aber der Wissens- und Informationsstand der eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentarier über die Fragen der europäischen Integration im Vergleich zur Bedeutung dieser Problematik *ungenügend.* Dies hängt nicht zuletzt mit der enormen Überlastung der Abgeordneten zusammen, und es ist deshalb äusserst dringend, in Form einer Parlamentsreform, beispielsweise durch Erhöhung der Entschädigungen, durch Reform der Entscheidungsprozesse und der Möglichkeit der Beschäftigung von Mitarbeiter(innen), hier Abhilfe zu schaffen.

Noch wichtiger sind zweifellos die *Reformen,* die zur Erreichung der Europafähigkeit unseres Landes vonnöten sind. Das Parlament muss mit Hilfe der Ergebnisse des Integrationsberichts Reformen in den Bereichen wie Steuerrecht, Wettbewerbsrecht, Direkte Demokratie oder Justiz und Inneres voran treiben. Diese Reformen müssen paralell oder noch vor der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen in die Wege geleitet werden.

4. Was ist nun zu tun?

Wir rechnen nicht, zumindest nicht innert nützlicher Frist (bis zu den Wahlen 1999), mit einem Abschluss der bilateralen Verhandlungen auf Ebene der Regierungschefs. Die bilateralen Verhandlungen können nur in einer *Beitrittsperspektive* zum Erfolg geführt werden. Deshalb muss der Bundesrat rasch nach Veröffentlichung des Integrationsberichts und seiner Vernehmlassung, unter anderem im Parlament, um Aufnahme von *Beitrittsverhandlungen mit der EU ersuchen.* Dass ein solcher Integrationsbericht nicht schon vorliegt, verzögert den ganzen Prozess natürlich wesentlich. Gleichzeitig schlägt er der Kommission und der Präsidentschaft vor, die Ergebnisse der sieben Verhandlungsdossiers während der Verhandlungszeit (über den Beitritt) und darüber hinaus als Übergangsbestimmungen in Kraft zu setzen. *Innenpolitisch* startet er eine offensive Informationspolitik, ohne sich von den EU-Gegnern verunsichern zu lassen. Die Wirtschaft und unschlüssige bürgerliche Parteien *veranstalten ihre internen* Entscheidungsprozesse, und das Parlament ergreift zügig

2 CVP-Parlamentarier sieht man seit anfang Jahr häufiger an Informationsveranstaltungen, einzelne welsche Deputierte der FDP koordinieren sich intensiver in Europafragen.

die notwendigen Reformen (dass es das kann, hat es bei der Eurolex-"Übung" bewiesen). Mit diesem Szenario könnten wir, je nach Entwicklung der Osterweiterung und der Reformen in den Bereichen Institutionen (Agenda 2000) und Agrar in der Union, in den Jahren 2004 bis 2008 Vollmitglied der Europäischen Union sein.